

Quantitäten („ganze Stücke“) den Gegenstand derselben gebildet hätten, so ist dies vom Berufungsrichter mit Recht reprobiert. Der dafür vom ersten Richter geltend gemachte Grund, daß nur bei generisch bezeichneten Waaren sich jeder Börsenbesucher über die letzten Terminpreise orientiren könne, beruht auf einem für die Stempelspflichtigkeit nicht in Betracht kommenden Gesichtspunkte. Für letztere ist allein entscheidend, ob der Gegenstand des Geschäfts nach seiner objektiven Beschaffenheit einer Waarengattung (beziehungsweise einer Unterart derselben) angehört, für welche Terminpreise notirt sind und die sich dadurch als Objekt börsemäßiger Spekulation kennzeichnen. Weder der Wortlaut des Gesetzes noch die Verhandlungen des Reichstages und seiner Kommission lassen darauf schließen, daß man die Stempelspflichtigkeit des Geschäfts hinsichtlich seines Gegenstandes und der Bestimmung desselben von den nur für Termingeschäfte zutreffenden Voraussetzungen habe abhängig machen wollen. Für diese ist allerdings die generische Bestimmung nach gewissen übereinstimmenden Merkmalen unerlässlich, da sich sonst durch dieselben keine Terminpreise bilden können. Allein für Lokogeschäfte kann nach der Natur der Sache nicht das Gleiche gelten und doch sind auch sie vom Gesetze der Stempelsteuer unterworfen. Daß man den Gegenstand nicht so hat beschränken wollen, wie der erste Richter annimmt, geht auch aus den im Kommissionsberichte angeführten Beispielen, sowie der Bemerkung hervor, daß die Gattungen der Waaren, für welche Terminpreise notirt würden, dem handelnden Publikum sehr wohl bekannt seien, daß also hiermit ein leicht zu unterscheidendes Merkmal des Gegenstandes aufgestellt sei. Letzteres paßt nur auf Gattungen und Unterarten, nicht aber auf die an jeder einzelnen Börse für lieferbar erklärten Qualitäten der Gattung; und ebensowenig ist auch nur angedeutet, daß die Art der Bestimmung des Gegenstandes unter den Kontrahenten in der vorliegenden Hinsicht (das heißt bezüglich der objektiven Erfordernisse des steuerpflichtigen Geschäfts) von entscheidender Bedeutung sein solle. Vielmehr kann durch dieselbe höchstens die Usancemäßigkeit des Geschäfts in Frage gestellt werden, wie sie denn auch nur von diesem Gesichtspunkte aus in den Verhandlungen des Reichstages erörtert ist. Der erste Richter scheint mit sich selbst in Widerspruch zu stehen, wenn er — und nach der Ausföhrung zu 1 mit Recht — die Usancemäßigkeit der zu beurtheilenden Geschäfte durch die Art der Qualitätsbestimmung („nach Probe“) nicht für ausgeschlossen erachtet, und dennoch ein entscheidendes Gewicht darauf legt, daß über eine Spezies („ein individualisiertes Quantum“) und nicht über generisch bestimmte Quantitäten kontrahirt worden. Denn auch im letzteren Falle kann nicht davon die Rede sein, daß für Waarenqualitäten,

welche nur durch Probe bestimmt sind, Terminpreise notirt würden. Es ist nicht abzulehnen, welchen Unterschied es für die Stempelspflichtigkeit des Geschäfts hinsichtlich seines Gegenstandes zu begründen vermöchte, ob die nach Probe gehandelte Waare aus einem bestimmten größeren Quantum oder aus allen zur Verfügung stehenden Vorräthen auszuwählen ist, oder ein bereits individualisiertes Quantum bildet, da in allen diesen Fällen die Art der Qualitätsbestimmung gleichweise die Notirung von Terminpreisen für sie ausschließt. Ueberdies ist nach § 15 der allgemeinen Bedingungen für Platzgeschäfte in jedem Falle der Ersatz der verkauften individualisirten Quantitäten durch andere probemäßige Waare dem Käufer nachgelassen, und hierdurch das Geschäft dem Verkauf einer nur nach Merkmalen (generisch) bestimmten Waare sehr nahe gerückt.

Wenn schließlich von dem ersten Richter für seine Auffassung noch darauf hingewiesen ist, daß man nach dem Grundgedanken des Gesetzes das legitime Waarengeschäft, den effektiven, dem Interesse des Publikums dienenden Umsatz möglichst wenig habe belasten und vorzugsweise die reinen Spekulationsgeschäfte (das Börsenspiel) mit der Steuer habe treffen wollen, so ist richtig, daß diese Tendenz in dem Antrage des Abgeordneten von Wedell-Malschow Ausdruck gefunden hat und noch allgemeiner und schärfer von dem Abgeordneten Gamp hervorgehoben ist. Allein in solcher Ausdehnung hat sie keineswegs in dem Gesetze selbst Geltung erlangt. Man hat vielmehr — vornehmlich auf Anregung des Fürsten Bismarck — nur die Waarenumsätze der Produzenten und Fabrikanten aus erster Hand schlechthin der Steuerpflicht entziehen wollen und dieser Absicht durch die beigelegte Anmerkung einen zweifelsfreien Ausdruck verliehen. Ob das sonstige effektive Waarengeschäft der Steuer unterliegt, hängt nach dem Gesetze allein davon ab, ob bei dem betreffenden Geschäft die in der Tarifposition 4, B angegebenen Merkmale zu finden sind. Und weiter hat man gewiß nicht gehen wollen, da man anderenfalls die in dem von Wedell'schen Antrage aufgeführten Befreiungen dem Gesetze einverleibt, die Lokogeschäfte hingegen, welche doch durchgängig effektive Waarenumsätze bezwecken, weggelassen haben würde. Die Berufung auf jene Tendenz darf daher nicht soweit führen, daß wiederum zahlreiche börsemäßige Geschäfte, auf welche das Gesetz nach seinem Wortsinne anzuwenden ist, von dessen Wirkungen unberührt bleiben.

Nach Vorstehendem hat der Berufungsrichter die vorliegenden Kaufgeschäfte ohne Verletzung des Gesetzes für steuerpflichtig erklärt. Die Revision war somit als unbegründet zurückzuweisen.

## Verschiedenes.

### Personal-Nachrichten.

#### Preußen.

##### I. Veränderungen in den Stellenbesetzungen.

Es sind

in der Provinz Ostpreußen  
pensionirt: der Obersteuerkontrollleur Fiedler in Osterode;  
versezt: in gleicher Eigenschaft 1. der Hauptamtsrendant Sachsenröder in Reidenburg nach Elberfeld (Rheinprovinz) und 2. der Obersteuerkontrollleur, Steuerinspektor Sommerfeld in Bischofsburg nach Osterode;

in der Provinz Westpreußen  
pensionirt: 1. der Steuereinnnehmer II Toporski in Schilno unter

Verleihung des Königl. Kronenordens 4. Klasse und 2. der Hauptamtsassistent Oberkontrollleur Eichholz in Thorn;

in der Provinz Brandenburg

pensionirt: der Hauptamtsrendant, Rechnungsrath Prael in Neu-Ruppin;

befördert oder versezt: 1. der Regierungsassessor Gladisch als Obergrenzkontrollleur nach Friedland in Schlesien, 2. der Provinzialsteuersekretär Lintner und 3. der Hauptamtsassistent Hansen in Berlin zu Geheimen expedirenden Sekretären und Kalkulatoren im Finanzministerium, 4. der Hauptamtsassistent Körner in Berlin zum Geheimen Registrator im Finanzministerium und 5. der Hauptamtsrendant Lauen in Crossen in gleicher Eigenschaft nach Neu-Ruppin;

in der Provinz Pommern

befördert: der Hauptamtskontrollleur Hunger in Colbergermünde zum Hauptamtsrendanten in Reidenburg (Provinz Ostpreußen);